status
RETTUNGSDIENST

Berlin, den 10.11.2026
2. Auflage

Stellungnahme zur Notfallreform

Mehr Leistungen, gedeckeltes Geld: Die Notfallreform lässt Rettungskräfte im Stich

---

Am 15. Oktober 2026 hat der Bundestag die Notfallreform beschlossen. Die Linke hat sich enthalten. Unser Antrag "Bedarfsgerechte und krisenfeste Akut- und Notfallversorgung" (BT-Drucksache 21/5822) wurde abgelehnt. Dabei ist er gemeinsam mit Rettungskräften und auf Grundlage der Ergebnisse vom "Status Rettungsdienst" entstanden. Fast 8.000 Rettungskräfte haben teilgenommen, etwa jede elfte Rettungskraft in Deutschland.

Was sich verbessert
Die Reform schreibt erstmals gesetzlich fest, dass die Rettungsdienste mehr leisten als einen Transport ins Krankenhaus. Die medizinische Notfallrettung wird ins Fünfte Sozialgesetzbuch aufgenommen und damit als Sachleistung der gesetzlichen Krankenversicherungen anerkannt und vergütet. Das ist eine echte Verbesserung für den Rettungsdienst.

„Aber die Anerkennung dieser Leistung ersetzt noch lange nicht die Menschen, die diese erbringen." - Stella Merendino

Mehr Aufgaben, weniger Geld
Mit der GKV-Reform hat die Bundesregierung im Sommer einen Deckel für die Vergütung des Rettungsdienstes durch die Krankenkassen eingeführt. Das Geld für den Rettungsdienst ist durch den Deckel an die Grundlohnrate gebunden, also an die Entwicklung der beitragspflichtigen Einkommen. Für die Jahre 2027 bis 2029 gilt sogar die Grundlohnrate minus einen Prozentpunkt. Was der Rettungsdienst darüber hinaus tatsächlich kostet, wird grundsätzlich nicht vergütet. Das bedroht die Tariflöhne und verschärft den Personalmangel. Fachverbände warnen schon für das Jahr 2027 vor einer Finanzierungslücke von bis zu einer Milliarde Euro. Was die Krankenkassen nicht vergüten, müssen am Ende die Kommunen zahlen. Der Rettungsdienst hängt dann davon ab, wie viel Geld die eigene Stadt oder der eigene Landkreis aufbringen kann. Dieser Deckel aus der GKV-Reform wurde für die Notfallreform übernommen, obwohl die Länder ihn streichen wollten. Darüber hinaus steigt die Zuzahlung. Wer den Rettungsdienst braucht, zahlt zukünftig 15 Euro.

Wir fordern eine bedarfsgerechte Ausstattung und kostendeckende Finanzierung, sodass die Versorgung unabhängig davon stattfindet, welche Leistung sich am besten abrechnen lässt. Das heißt:

- den Deckel für den Rettungsdienst abzuschaffen,
- Tariferhöhungen voll zu bezahlen,
- keine Zuzahlungen für Rettungseinsätze und Krankentransporte.

Status Rettungsdienst ist die größte bundesweite Befragung von Beschäftigten im Rettungsdienst. Mehr Informationen zur Kampagne unter: www.statusrettungsdienst.de.

V.i.S.d.P.: Stella Merendino, Mitglied des Deutschen Bundestages, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

status RETTUNGSDIENST

Berlin, den 10.11.2026
2. Auflage

Stellungnahme zur Notfallreform

Mehr Leistungen, gedeckeltes Geld: Die Notfallreform lässt Rettungskräfte im Stich

---

Rettungsdienste fungieren als Auffangbecken eines kaputtgesparten Systems
Rettungskräfte erleben täglich, dass sie längst nicht mehr nur klassische Notfälle versorgen. Immer häufiger werden Rettungsdienste gerufen, weil die Hilfesuchenden keine ambulante Versorgung erhalten: Hausarztpraxen sind nicht erreichbar, Pflegeeinrichtungen überlastet oder der kassenärztliche Notdienst inklusive Angebote für psychische Notlagen gar nicht oder nur sehr eingeschränkt verfügbar. Trotzdem bleibt die Steuerung bei den Kassenärztlichen Vereinigungen. Die Reform überträgt ihnen sogar mehr Aufgaben, obwohl sie selbst gesagt haben, dass sie die Lücken kurzfristig nicht schließen können.

Wir fordern:
- Integrierte Leitstellen unter der einheitlichen Rufnummer 112, die die bisherigen Aufgaben von 112 und 116117 bündeln und die Akut- und Notfälle gemeinsam koordinieren. Die Terminvermittlung in ambulante Praxen soll weiterhin über die 116117 erfolgen,
- sicherzustellen, dass die Bevölkerung in allen Regionen Deutschlands innerhalb von 30 Fahrzeitminuten ein Notfallzentrum erreichen kann,
- Gemeindenotfallsanitäter*innen flächendeckend einzusetzen und zu bezahlen.

Fehlende bundesweite Standards
Ein großes Problem im rettungsdienstlichen Alltag sind fehlende verbindliche bundeseinheitliche Standards. Bis heute hängt es oft vom jeweiligen Landkreis, Träger oder der ärztlichen Leitung ab, wie die Hilfesuchenden versorgt werden. Das führt zu einem Flickenteppich und sorgt für Unsicherheiten im Berufsalltag. Hier schafft die Notfallreform der Regierung keine Abhilfe, sondern verweist auf die Gesetzgebungskompetenz der Länder.

Neu ist nur ein Fachgremium, dessen Empfehlungen unverbindlich sind. Die Krankenkassen haben dort 16 Sitze sicher, die Rettungskräfte keinen eigenen.

Wir fordern endlich bundeseinheitliche Standards:
- Zur Versorgungsqualität, durch einheitliche Hilfsfristen, Algorithmen und Ausstattungen der Fahrzeuge,
- Aus-, Fort- und Weiterbildung, durch einheitliche Curricula, Rezertifizierungen, heilkundlichen Kompetenzen für Notfallsanitäter*innen mit rechtssicherer Ausübung,
- sowie für die Ausbildung von Rettungssanitäter*innen.

Außerdem fordern wir einen festen Platz für die Beschäftigten im neuen Fachgremium. Denn die Botschaft der Rettungskräfte ist klar: „Entscheiden Sie nicht über unsere Köpfe hinweg“.

Status Rettungsdienst ist die größte bundesweite Befragung von Beschäftigten im Rettungsdienst. Mehr Informationen zur Kampagne unter: www.statusrettungsdienst.de.

V.i.S.d.P.: Stella Merendino, Mitglied des Deutschen Bundestages, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

status
RETTUNGSDIENST

Berlin, den 10.11.2026
2. Auflage

Stellungnahme zur Notfallreform

Mehr Leistungen, gedeckeltes Geld: Die Notfallreform lässt Rettungskräfte im Stich

---

Gute Versorgung braucht gute Arbeitsbedingungen
Die Realität vieler Beschäftigter im Rettungsdienst ist geprägt von 48-Stunden-Wochen, zusätzlichen Überstunden, Dienstübernahmen, fehlenden Pausenregelungen und hoher physischer sowie psychischer Belastung. Zudem erleben die Beschäftigten zunehmend Gewalt im Arbeitsalltag. Im beschlossenen Gesetz steht dazu kein Wort. Dabei können sich mehr als zwei Drittel der befragten Rettungskräfte nicht vorstellen, ihren Beruf bis zur Rente auszuüben.

Wir fordern:
- eine Begrenzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden,
- eine Pausenmindestzeit von 30 Minuten am Stück,
- die vollwertige Anerkennung von Bereitschaftszeiten als Arbeitszeit,
- die Ausnahmeregelungen im Arbeitszeitgesetz zur Verkürzung der Ruhezeit von elf auf zehn, neun oder fünfeinhalb Stunden zu streichen,
- eine verlässliche Personalbemessung,
- höchstens 30 Minuten Wartezeit bei der Übergabe in der Notaufnahme.

„Dieses System funktioniert nur noch, weil die Beschäftigten täglich über ihre Grenzen hinausgehen – auf Kosten ihrer eigenen Gesundheit. […] Wir als Linke werden auch nach dieser Reform weiter für euch kämpfen.“ - Stella Merendino

---

Status Rettungsdienst ist die größte bundesweite Befragung von Beschäftigten im Rettungsdienst. Mehr Informationen zur Kampagne unter: www.statusrettungsdienst.de.

V.i.S.d.P.: Stella Merendino, Mitglied des Deutschen Bundestages, Platz der Republik 1, 11011 Berlin